

# Deutschland hat Zukunft

## 7. Monitoring der Energiewende

---

**Dienstag, 29.01.2019, um 11:30 Uhr**

hbw Haus der Bayerischen Wirtschaft, ConferenceArea, Europasaal

Max-Joseph-Straße 5, 80333 München

---

## Begrüßung

---

**Alfred Gaffal**

Präsident

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

---

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren,  
ich begrüße Sie sehr herzlich zur  
Vorstellung des 7. vbw Monitorings der  
Energiewende.

Seit 2012 erstellt die Prognos AG im Auftrag  
der vbw jährlich ein Energiewende-  
Monitoring.

Bezugsjahr des aktuellen 7. Energiewende-  
Monitorings ist das Jahr 2017.

Ich begrüße an dieser Stelle ganz herzlich  
Frau Dr. Almuth Kirchner von der Prognos  
AG.

Sie wird in Ihrem Vortrag das Monitoring im  
Detail vorstellen.

Eines vorweg: Die Bewertung der  
Energiewende gegenüber dem letzten  
Bericht hat sich kaum verändert.

Das ist ein schlechtes Zeichen.

Die Energiewende steckt immer noch fest.

2017 war ein verlorenes Jahr für die Transformation unseres Energiesystems.

Das gilt auch für 2018. Der Stillstand in der Energiepolitik hält an.

Bestes Beispiel für diesen Stillstand ist das sogenannte 100-Tage-Gesetz.

Nach zähen Verhandlungen wurde es viel zu spät verabschiedet – erst Mitte Dezember 2018.

Es müsste eigentlich 240-Tage-Gesetz heißen!

Und das Ergebnis war dann doch eine herbe Enttäuschung:

Es bringt zwar ein paar Verbesserungen im Detail, zum Beispiel die Entlastung hocheffizienter neuerer KWK-Anlagen, aber es gibt keine grundlegende Änderung an der verfehlten Architektur des EEG.

Meine Damen und Herren,  
die beiden Grundprobleme der  
Energiewende sind ungelöst:  
Versorgungssicherheit und Kosten.

Die jetzt vorgelegten Vorschläge der  
„Kohlekommission“ zum vorgezogenen  
Ausstieg aus der Kohleverstromung haben  
unsere ohnehin schon bestehenden Sorgen  
nochmals drastisch erhöht.

Der Versuch, den Ausstieg aus der Kohle  
zeitlich mit dem Ausstieg aus der  
Kernenergie zu kombinieren, ist aus unserer  
Sicht falsch.

Die Versorgungssicherheit wird zusätzlich  
gefährdet und die Preisspirale wird noch  
mehr in Gang gesetzt.

Die Vorschläge der Kommission, um diese  
beiden Effekte auszuschließen, sind  
oberflächlich und halbgar.

Bevor die Bundesregierung den Ausstieg aus der Kohle beschließt, muss sie zuerst ganz konkret festlegen, wie sie den Preisanstieg verhindern und die entstehende Versorgungslücke schließen will.

Damit tatsächlich rechtzeitig in die bestehenden Ersatzkapazitäten investiert wird, etwa in Gaskraftwerke, müssen die konkreten Bedingungen für die privaten Investoren sofort definiert werden.

Zudem muss sich die Bundesregierung klar dazu bekennen, dass es keine Zusatzkosten für den Stromverbraucher geben darf.

Die Kosten des Kohleausstiegs müssen komplett aus dem Haushalt finanziert werden.

Völlig unabhängig davon haben wir in Bayern ohnehin mit der Versorgungssicherheit zu kämpfen:

Nach dem Abschalten der letzten bayerischen Kernkraftwerke Ende 2022 müssen wir in Bayern eine breite Versorgungslücke schließen.

Bei einer durchschnittlichen Jahreshöchstlast von 12,7 GW besteht dann nur noch eine gesicherte Leistung von 8 GW. Das ergibt eine Lücke von 4,7 GW!

Gleichzeitig werden die Übertragungsleitungen in Bayern nicht vor 2025 fertiggestellt.

Wir hinken deutschlandweit beim Leitungsausbau völlig hinterher:

Wenn der Ausstieg aus Kohle und Kernkraft funktionieren soll, dann brauchen wir Stromleitungen.

Und zwar 6000 Kilometer. Momentan bauen wir 100 Kilometer Leitungen - pro Jahr.

Die bayerische Staatsregierung muss alles daransetzen, um die Versorgungssicherheit jederzeit zu gewährleisten.

Dafür gibt es nicht das eine Mittel. Wir brauchen einen vernünftigen Mix!

Dazu müssen wir

- zusätzliche Potenziale erneuerbarer Energien erschließen,
- Speichertechnologien voranbringen,
- die Digitalisierung nutzen und das Stromnetz ausbauen.
- Auch moderne Gaskraftwerke leisten einen wesentlichen Beitrag zur Versorgungssicherheit, weil sie kurzfristig und bedarfsgerecht eingesetzt werden können.

Jetzt muss es darum gehen, die zusätzlichen Potenziale herauszuarbeiten und zügig zu nutzen.

Parallel müssen wir schnellstmöglich damit anfangen, die beiden Übertragungsnetzprojekte SuedLink und SuedOstLink zu bauen!

Sie bringen uns drei wesentliche Vorteile:

Erstens: Sie schaffen eine leistungsfähige Verbindung zwischen Nord und Süd und reduzieren Kosten durch Netzengpässe.

Zweitens: Sie helfen, die Teilung der einheitlichen deutschen Strompreiszone abzuwenden, die gerade in Bayern zu höheren Strompreisen führen würde.

Schließlich helfen sie uns drittens, unsere Versorgungssicherheit langfristig zu sichern.

Meine Damen und Herren,

die Politik muss jetzt entscheiden, wo der fehlende Strom nach 2022 versorgungssicher herkommen soll.

Sonst müssen wir am Ende weniger saubere Energie aus dem Ausland zukaufen – aus polnischen Kohlekraftwerken oder aus französischen oder tschechischen Kernkraftwerken.

Wenn alle Stricke reißen, dann darf auch die Verlängerung der Laufzeiten der bayerischen Kernkraftwerke kein Tabu mehr sein – zumal sie sicher und klimaneutral sind.

Die zweite Hauptsorge der bayerischen Wirtschaft sind die Kosten.

Ich habe bereits beim letzten Monitoring gesagt, dass uns die Energiewende allein bis 2025 rund 520 Milliarden Euro kosten wird. Davon liegt noch mehr als die Hälfte vor uns.

Was die Energiewende uns bringt, ist noch offen.

Der größte Brocken ist die EEG-Umlage.

Aber auch andere Belastungen steigen durch die Energiewende. Das Netzentgelt ist viel zu hoch.

Das Netzingpassmanagement hat jetzt allein 2017 mit 1,4 Milliarden Euro zu Buche geschlagen.

Die Bundesnetzagentur schätzt, dass sich die Kosten für das Netzingpassmanagement ab 2023 auf 4 Milliarden Euro pro Jahr belaufen werden.

Klar ist: Bei den Kosten gibt es für die bayerischen und deutschen Unternehmen keinen Spielraum mehr!

Sie zahlen europaweit einen der höchsten Strompreise.

Seit dem Jahr 2000 musste unsere Industrie fast eine Verdreifachung des Strompreises hinnehmen.

Das darf so nicht weitergehen!

- Das verhindert Investitionsentscheidungen in den Standort Bayern,
- das gefährdet Arbeitsplätze,
- und das schwächt unsere Wettbewerbsfähigkeit.

Gerade die energieintensive Industrie ist sehr preissensibel.

Die bestehenden Befreiungstatbestände können die internationale Wettbewerbsfähigkeit nicht für die Zukunft sichern, wenn insbesondere Netzentgelte wegen der Engpässe weiter steigen.

Jeder halbe Cent Kostenanstieg bedeutet Arbeitsplatzabbau im Chemiedreieck.

Völlig absurd ist es schließlich, dass Deutschland trotz der Milliardenkosten für die Energiewende sein Klimaziel für 2020 krachend verfehlt.

Statt 40 Prozent Treibhausgas-Einsparungen erreichen wir gerade mal 32 Prozent.

Das sind satte 20 Prozent hinter dem Ziel, meine Damen und Herren!

Jetzt zu den Hauptergebnissen unseres Monitorings.

Ein Ampelsystem zeigt an, wo wir in den einzelnen Kategorien stehen – und zwar sowohl in Deutschland, als auch in Bayern.

Es gibt vier Hauptkriterien.

1. Bei der Versorgungssicherheit steht die Ampel sowohl für Bayern als auch im Bund auf gelb.

2017 war die Stromversorgung insgesamt gewährleistet.

Negativ sind aber die Verzögerungen beim Netzausbau zu werten.

2. Bei der Bezahlbarkeit von Strom befinden wir uns in Deutschland und Bayern weiterhin auf dem Holzweg.

Die Ampeln stehen hier beide auf Rot.

3. In der Kategorie Energieeffizienz und Erneuerbare Energien ist Deutschland weit vom Zielpfad entfernt.

Der Bruttostromverbrauch stieg das dritte Jahr in Folge an. Die Ampel steht auf Rot.

Dass es für Bayern hier etwa besser aussieht – die Ampel steht im Freistaat auf gelb – darf nicht überbewertet werden. Es liegt eigentlich nur an den Veränderungen in der Erfassungsmethode.

4. Bei der Umweltverträglichkeit steht in diesem Jahr nicht nur die deutsche, sondern auch die bayerische Ampel auf

rot – beim letzten Monitoring war sie noch gelb.

Die CO<sub>2</sub>-Emissionen Bayerns lagen rund 7 Prozent über dem Zielpfad.

Meine Damen und Herren,

die Grundlage von Wachstum und Beschäftigung ist eine sichere, bezahlbare und umweltverträgliche Energieversorgung.

Wie unser Monitoring zeigt, verfehlt die Bundesregierung dieses Zieldreieck eindeutig.

Ursächlich dafür ist ein inkonsistentes und ineffizientes Geflecht aus Regelungen und Fördermaßnahmen.

Auch ideologische Voreingenommenheit spielt eine Rolle.

Ich wiederhole mich jetzt zum x-ten Mal:

Wir brauchen endlich ein schlüssiges energiepolitisches Gesamtkonzept!

Dazu gehört es, das EEG-System zu beenden und die Erneuerbaren Energien vollständig in den Markt zu integrieren.

Die Strompreise dürfen nicht weiter steigen, sondern müssen schnellstmöglich so angepasst werden, dass wir international wettbewerbsfähig bleiben.

Erforderlich ist eine Absenkung der Stromsteuer auf das europarechtlich zulässige Minimum.

Auch die Kohlekommission fordert eine Absenkung der Stromsteuer.

Keinesfalls dürfen neue Abgaben hinzukommen.

Entscheidend ist darüber hinaus:

- Der weitere Ausbau der Erneuerbaren Energien muss netzsynchron ausgestaltet werden.

Ausschreibungen dürfen nur dann erfolgen, wenn die im Koalitionsvertrag

vereinbarte regionale Steuerung berücksichtigt wird.

Der notwendige Netzausbau muss mit Nachdruck vorangetrieben werden! Das Bestandsnetz muss ertüchtigt und mit intelligenten Lösungen effizienter genutzt werden.

- Wir müssen verstärkt Maßnahmen im Wärmebereich in den Fokus nehmen. Der Austausch alter Heizkessel gegen effizientere Modelle bringt große Potenziale.

Außerdem brauchen wir dringend die steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung!

- Schließlich müssen wir die Chancen konsequent nutzen, die uns neue Technologien und die Digitalisierung bieten.

Ein Beispiel ist der Einsatz von Big Data- bzw. KI-Methoden für die Prognose des Energiebedarfs.

Zum Schluss noch ein Wort zur Klimapolitik:

Wir müssen begreifen, dass klimapolitische Alleingänge wirkungslos sind und der Wirtschaft schaden.

Internationale Vorreiterrollen dürfen nur dort angestrebt werden, wo sie einen spürbaren Nutzen für Wachstum und Wohlstand haben – etwa bei der Digitalisierung der Energiewirtschaft.

Wir dürfen unsere Rolle auf der Welt auch nicht überschätzen.

Weltweit sind knapp 1.400 neue Kohlekraftwerke in Planung oder im Bau.

Vorbild können wir nur sein, wenn uns die Energiewende auch wirklich gelingt.

CO<sub>2</sub>-Mindestpreise, wie sie auch von der Kohlekommission angedacht werden,

kommen nur dann in Betracht, wenn sie international abgestimmt sind und im Gegenzug bestehende Belastungen reduziert werden.

Der Klimaschutzplan 2050 ist überambitioniert, dirigistisch und gegen die Wirtschaft gerichtet. Der deutschen Wirtschaft drohen damit weitere massive Sonderlasten.

Schließlich lehnen wir ein Klimaschutzgesetz, in dem sektorspezifische Klimaziele verankert werden, klar ab. Ein solches Gesetz würde verhindern, dass auf wirtschaftliche und technologische Entwicklungen flexibel reagiert werden kann.

Meine Damen und Herren,  
das 7. vbw Energiewende-Monitoring zeigt uns deutlich, dass wir die Energiewende besser hinbekommen müssen.

Sie wird nur dann gelingen, wenn wir Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Umweltverträglichkeit gleichermaßen berücksichtigen.

Wir brauchen mehr Struktur und endlich einen Sinn für das Machbare!

Wir dürfen unsere Unternehmen und Bürger nicht überfordern.

Um das sicherzustellen, begleiten wir als vbw den Umbau der Energieversorgung sehr hartnäckig.

Und wir lassen auch in Zukunft nicht locker!

Vielen Dank!